

In dem Fall, wo es sich als unmöglich herausstellt, binnen einem Jahr nach Ablauf der vorerwähnten fünfjährigen Frist eine Rückgabe durchzuführen, vernichtet der Rechnungshof unter Einhaltung von Artikel 3 § 3 des Gesetzes vom 2. Mai 1995 die betroffenen Vermögenserklärungen.

[Art. 9 Abs. 1 abgeändert durch Art. 7 des G. vom 12. März 2009 (B.S. vom 31. März 2009)]

Art. 10 - Die in [Artikel 3 § 1] des Gesetzes vom 2. Mai 1995 vorgesehenen Erklärungen dürfen nur im Rahmen der in Artikel 3 § 4 desselben Gesetzes erwähnten strafrechtlichen Untersuchung benutzt werden.

[Art. 10 abgeändert durch Art. 8 des G. vom 12. März 2009 (B.S. vom 31. März 2009)]

Art. 11 - Die in Artikel 2 § 1 des Gesetzes vom 2. Mai 1995 erwähnten Erklärungen werden während eines Zeitraums von drei Jahren ab dem durch § 2 dieses Artikels vorgeschriebenen Datum der Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* vom Rechnungshof aufbewahrt.

Mit Ablauf dieser Frist werden die Erklärungen vom Rechnungshof vernichtet.

Art. 12 - 14 - [Abänderungsbestimmungen]

Art. 15 - Vorliegendes Gesetz tritt am ersten Tag des siebten Monats nach dem Monat seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2012 — 545

[C - 2012/00091]

24 MEI 1991. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de regels aangaande de procedure tot schorsing of intrekking van de vergunningen of erkenningen bepaald in de wet van 10 april 1990 op de bewakingsondernemingen, de beveiligingsondernemingen en de interne bewakingsdiensten. — Officiële coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officiële coördinatie in het Duits van het koninklijk besluit van 24 mei 1991 tot vaststelling van de regels aangaande de procedure tot schorsing of intrekking van de vergunningen of erkenningen bepaald in de wet van 10 april 1990 op de bewakingsondernemingen, de beveiligingsondernemingen en de interne bewakingsdiensten (*Belgisch Staatsblad* van 7 juni 1991), zoals het werd gewijzigd bij het koninklijk besluit van 27 januari 2000 tot wijziging van het koninklijk besluit van 24 mei 1991 tot vaststelling van de regels aangaande de procedure tot schorsing of intrekking van de vergunningen of erkenningen bepaald in de wet van 10 april 1990 op de bewakingsondernemingen, de beveiligingsondernemingen en de interne bewakingsdiensten (*Belgisch Staatsblad* van 9 maart 2000).

Deze officiële coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2012 — 545

[C - 2012/00091]

24 MAI 1991. — Arrêté royal fixant les règles de procédure de la suspension ou du retrait des autorisations ou des agréments prévus par la loi du 10 avril 1990 sur les entreprises de gardiennage, sur les entreprises de sécurité et sur les services internes de gardiennage. — Coordination officielle en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 24 mai 1991 fixant les règles de procédure de la suspension ou du retrait des autorisations ou des agréments prévus par la loi du 10 avril 1990 sur les entreprises de gardiennage, sur les entreprises de sécurité et sur les services internes de gardiennage (*Moniteur belge* du 7 juin 1991), tel qu'il a été modifié par l'arrêté royal du 27 janvier 2000 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1991 fixant les règles de procédure de la suspension ou du retrait des autorisations ou des agréments prévus par la loi du 10 avril 1990 sur les entreprises de gardiennage, sur les entreprises de sécurité et sur les services internes de gardiennage (*Moniteur belge* du 9 mars 2000).

Cette coordination officielle en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2012 — 545

[C - 2012/00091]

24. MAI 1991 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Regeln für das Verfahren zur zeitweiligen Aufhebung oder zum Entzug der im Gesetz vom 10. April 1990 über Wachunternehmen, Sicherheitsunternehmen und interne Wachdienste vorgesehenen Genehmigungen oder Zulassungen — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Königlichen Erlasses vom 24. Mai 1991 zur Festlegung der Regeln für das Verfahren zur zeitweiligen Aufhebung oder zum Entzug der im Gesetz vom 10. April 1990 über Wachunternehmen, Sicherheitsunternehmen und interne Wachdienste vorgesehenen Genehmigungen oder Zulassungen, so wie er abgeändert worden ist durch den Königlichen Erlass vom 27. Januar 2000 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 24. Mai 1991 zur Festlegung der Regeln für das Verfahren zur zeitweiligen Aufhebung oder zum Entzug der im Gesetz vom 10. April 1990 über Wachunternehmen, Sicherheitsunternehmen und interne Wachdienste vorgesehenen Genehmigungen oder Zulassungen.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

24. MAI 1991 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Regeln für das Verfahren zur zeitweiligen Aufhebung oder zum Entzug der im Gesetz vom 10. April 1990 über Wachunternehmen, Sicherheitsunternehmen und interne Wachdienste vorgesehenen Genehmigungen oder Zulassungen

[KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen]

[Unterteilung Kapitel I eingefügt durch Art. 1 des K.E. vom 27. Januar 2000 (B.S. vom 9. März 2000)]

Artikel 1 - [Die Artikel 2 bis 10 des vorliegenden Erlasses finden Anwendung auf die sanktionsweise zeitweilige Aufhebung oder den sanktionsweisen Entzug:

1. der Genehmigung zum Betreiben eines Wachunternehmens beziehungsweise zur Organisation eines internen Wachdienstes,
2. der Zulassung zum Betreiben eines Sicherheitsunternehmens,

3. der Zulassung zur Organisation einer Berufsausbildung für das Wach- beziehungsweise Sicherheitspersonal,
4. der dem Personal eines Wachunternehmens oder eines internen Wachdienstes ausgestellten Identifizierungskarte.]

[Artikel 10bis des vorliegenden Erlasses findet Anwendung auf die auf Antrag des Betroffenen erfolgende zeitweilige Aufhebung oder den auf Antrag des Betroffenen erfolgenden Entzug:

1. der Genehmigung zum Betreiben eines Wachunternehmens beziehungsweise zur Organisation eines internen Wachdienstes,
2. der Zulassung zum Betreiben eines Sicherheitsunternehmens.]

Im weiteren Verlauf des verfügenden Teils versteht man unter dem Begriff "Betroffender" die - natürliche oder juristische - Person, die eine Genehmigung oder eine Zulassung erhalten hat, oder die natürliche Person, die eine Identifizierungskarte besitzt.

[Art. 1 Abs. 1 ersetzt durch Art. 2 des K.E. vom 27. Januar 2000 (B.S. vom 9. März 2000); neuer Absatz 2 eingefügt durch Art. 2 des K.E. vom 27. Januar 2000 (B.S. vom 9. März 2000)]

[KAPITEL II — Sanktionsweise zeitweilige Aufhebung oder sanktionsweiser Entzug der Genehmigung, der Zulassung oder der Identifizierungskarte]

[Unterteilung Kapitel II eingefügt durch Art. 3 des K.E. vom 27. Januar 2000 (B.S. vom 9. März 2000)]

Art. 2 - Vor der zeitweiligen Aufhebung oder dem Entzug einer Genehmigung oder Zulassung oder vor dem endgültigen oder befristeten Entzug einer Identifizierungskarte informiert der Minister des Innern oder der von ihm zu diesem Zweck bevollmächtigte Beamte den Betroffenen per Einschreiben über:

1. alle ihm angelasteten Taten,
2. die Aufhebungs- oder Entzugsmaßnahme, die er zu treffen beabsichtigt,
3. das Recht des Betroffenen, seine Akte einzusehen und sich von einem Verteidiger seiner Wahl beistehen oder vertreten zu lassen,
4. den Ort, an dem die Akte eingesehen werden kann, und die Frist, über die er dazu verfügt.

Art. 3 - Der Minister des Innern oder der von ihm zu diesem Zweck bevollmächtigte Beamte kann jede Person vernehmen, die Auskünfte erteilen kann.

Wenn diese Vernehmung nicht vor Versand des in Artikel 2 erwähnten Schreibens stattgefunden hat, kann sie nur in Anwesenheit des Betroffenen oder nach ordnungsgemäßer Vorladung desselben erfolgen.

Wenn die Vernehmung vor Versand dieses Schreibens stattgefunden hat, enthält die Akte die Protokolle der Vernehmung.

Art. 4 - Ab Eingang des in Artikel 2 erwähnten Schreibens verfügt der Betroffene über eine Frist von fünfzehn Werktagen, um die zu seinen Lasten angelegte Akte vor Ort einzusehen und eine Kopie davon zu erhalten.

Art. 5 - Binnen dreißig Werktagen nach Eingang des in Artikel 2 erwähnten Schreibens kann der Betroffene seine Verteidigungsmittel per Einschreiben mitteilen.

Nach Prüfung der Verteidigungsmittel des Betroffenen lädt der Minister des Innern oder der von ihm zu diesem Zweck bevollmächtigte Beamte den Betroffenen vor, um ihn zu vernehmen.

Über die Vernehmung wird ein Protokoll erstellt; dieses wird vorgelesen, der Betroffene wird aufgefordert, es zu unterzeichnen, und erhält eine Kopie davon. Wenn der Betroffene sich weigert, zu unterzeichnen, wird dies in das Protokoll aufgenommen und wird der Grund dafür darin angegeben.

Wenn der Betroffene schriftlich auf die Vernehmung verzichtet oder nicht vorstellig wird, erstellt der Minister des Innern oder der von ihm zu diesem Zweck bevollmächtigte Beamte ein Protokoll über den Verzicht beziehungsweise das Nichterscheinen.

Art. 6 - Der Minister des Innern trifft binnen zwei Monaten nach Abschluss des Protokolls über die Vernehmung, den Verzicht beziehungsweise das Nichterscheinen eine Entscheidung, die er dem Betroffenen per Einschreiben notifiziert. Diese Notifizierung muss auf jeden Fall binnen sechs Monaten nach der in Artikel 2 erwähnten Notifizierung stattfinden.

Wenn der Minister des Innern binnen der in Absatz 1 vorgesehenen Frist von zwei Monaten keine Entscheidung trifft oder seine Entscheidung nicht binnen der in Absatz 1 vorgesehenen Frist von sechs Monaten notifiziert, wird davon ausgegangen, dass er für die Taten, die dem Betroffenen angelastet worden sind, auf jede Aufhebungsbeziehungsweise Entzugsmaßnahme verzichtet.

Art. 7 - Wenn der Minister des Innern eine zeitweilige Aufhebung oder einen Entzug in Erwägung zieht aufgrund der Ausübung von Tätigkeiten, die mit der öffentlichen Ordnung oder der inneren beziehungsweise äußeren Sicherheit des Staats unvereinbar sind, wird jede der in den Artikeln 4 und 5 festgelegten Fristen auf zwei Werktage herabgesetzt.

Die in Artikel 6 Absatz 1 festgelegte Frist für die Entscheidung wird auf vierzehn Werktage und die Frist für die Notifizierung auf dreißig Werktage herabgesetzt.

Art. 8 - Wenn eine zeitweilige Aufhebung oder ein Entzug in Erwägung gezogen wird aufgrund von Taten, die eine schwere und unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung darstellen, und wenn der Minister des Innern eine sofortige Maßnahme im Sinne von Artikel 8 § 5 des Gesetzes trifft, informiert er den Betroffenen gleichzeitig mit der in Artikel 2 vorgesehenen Notifizierung über die sofortige Maßnahme und die Gründe hierfür.

Art. 9 - Das Treffen einer sofortigen Maßnahme hat keine Auswirkungen auf den Ablauf des in den Artikeln 2 bis 7 festgelegten Verfahrens.

Art. 10 - Solange die sofortige Maßnahme in Kraft ist, kann der Betroffene einen mit Gründen versehenen Antrag auf ihre Aufhebung stellen.

Wenn der Minister des Innern der Meinung ist, dass die Maßnahme nicht länger notwendig ist, hebt er diese sofort auf.

[KAPITEL III — Entzug der Genehmigung oder der Zulassung auf Antrag des Betroffenen

[Kapitel III mit Art. 10bis eingefügt durch Art. 4 des K.E. vom 27. Januar 2000 (B.S. vom 9. März 2000)]

Art. 10bis - § 1 - Der Betroffene reicht den Antrag auf freiwilligen Entzug der Genehmigung beziehungsweise der Zulassung per Einschreiben an den Minister des Innern ein.

§ 2 - Der Antrag auf freiwilligen Entzug der Genehmigung beziehungsweise der Zulassung enthält folgende Dokumente und Nachweisunterlagen:

1. wenn der Betroffene ein Wachunternehmen oder ein interner Wachdienst ist, alle in Artikel 8 § 3 des vorerwähnten Gesetzes erwähnten Identifizierungskarten, die auf den Namen des Unternehmens oder des Dienstes erstellt worden sind,

2. den Nachweis, dass alle Tätigkeiten tatsächlich eingestellt worden sind. Dieser Nachweis wird wie folgt erbracht:

a) wenn der Betroffene im Handelsregister eingetragen ist, durch den Nachweis der Streichung dieser Eintragung für alles, was die Tätigkeiten betrifft, für die eine Genehmigung ausgestellt worden ist beziehungsweise für die der Betroffene zugelassen worden ist,

b) wenn der Betroffene eine juristische Person ist und der Gesellschaftszweck dieser juristischen Person ausschließlich aus Tätigkeiten besteht, für die sie eine Genehmigung erhalten hat oder für die sie zugelassen worden ist, oder wenn der Betroffene eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht ist, durch den Nachweis der Satzungsänderung, die die Streichung dieser Tätigkeiten beinhaltet,

c) in allen anderen Fällen, durch Sozialdokumente, Buchungsunterlagen, Steuerunterlagen oder andere schriftliche Nachweismittel, Zeugenaussagen ausgenommen.

§ 3 - Der Erlass zum Entzug der Genehmigung beziehungsweise der Zulassung tritt an dem Datum des in § 1 erwähnten Antrags auf Entzug in Kraft.]

Art. 11 - Unser Minister des Innern ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

N. 2012 — 546

[C — 2012/14035]

Maritiem Vervoer

25 JANUARI 2012. — Koninklijk besluit tot wijziging van verscheidene bepalingen ter omzetting van Richtlijn 2002/59/EG van het Europees Parlement en de Raad van 27 juni 2002 betreffende de invoering van een communautair monitoring- en informatiesysteem voor de zeescheepvaart en tot intrekking van Richtlijn 93/75/EEG van de Raad, met het oog op het gedeeltelijk omzetten van Richtlijn 2011/15/EU van de Commissie van 23 februari 2011 tot wijziging van Richtlijn 2002/59/EG van het Europees Parlement en de Raad betreffende de invoering van een communautair monitoring- en informatiesysteem voor de zeescheepvaart

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 5 juni 1972 op de veiligheid van de vaartuigen, artikel 4, gewijzigd bij de wetten van 3 mei 1999 en van 22 januari 2007;

Gelet op de wet van 24 november 1975 houdende goedkeuring en uitvoering van het Verdrag inzake de internationale bepalingen ter voorkoming van aanvaringen op zee, 1972, bijgevoegd Reglement en zijn Bijlagen, opgemaakt te Londen op 20 oktober 1972, artikel 2, § 4;

Gelet op het koninklijk besluit van 20 juli 1973 houdende zeevaartinspectiereglement;

Gelet op het koninklijk besluit van 4 augustus 1981 houdende politie- en scheepvaartreglement voor de Belgische territoriale zee, de havens en de stranden van de Belgische kust;

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

F. 2012 — 546

[C — 2012/14035]

Transport maritime

25 JANVIER 2012. — Arrêté royal modifiant diverses dispositions transposant la Directive 2002/59/CE du Parlement européen et du Conseil du 27 juin 2002 relative à la mise en place d'un système communautaire de suivi du trafic des navires et d'information, et abrogeant la Directive 93/75/CEE du Conseil, afin de transposer partiellement la Directive 2011/15/UE de la Commission du 23 février 2011 modifiant la Directive 2002/59/CE du Parlement européen et du Conseil relative à la mise en place d'un système communautaire de suivi du trafic des navires et d'information

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 5 juin 1972 sur la sécurité des bâtiments de navigation, l'article 4, modifié par les lois des 3 mai 1999 et 22 janvier 2007;

Vu la loi du 24 novembre 1975 portant approbation et exécution de la Convention sur le règlement international de 1972 pour prévenir les abordages en mer, Règlement y annexé et ses Annexes, faits à Londres, le 20 octobre 1972, l'article 2, § 4;

Vu l'arrêté royal du 20 juillet 1973 portant règlement sur l'inspection maritime;

Vu l'arrêté royal du 4 août 1981 portant règlement de police et de navigation pour la mer territoriale belge, les ports et les plages du littoral belge;